

Israel oder Die Angst vor dem Frieden

Von Moshe Zimmermann

Der Friedensprozess im Nahen Osten schädigt den Ruf des Begriffs. Denn dieser Prozess, das zeigen die dünnen Ergebnisse der jüngsten Verhandlungsrunden, scheint nicht nur endlos, sondern auch aussichtslos zu sein – zum Ziel, also zum Frieden, wird er aller Wahrscheinlichkeit nach auch diesmal nicht führen. Man redet ständig vom Auf und Ab dieses Prozesses, doch seit Langem steht fest: Man läuft Kreis, im Teufelskreis. Der einzige Ausweg scheint somit über eine Katastrophe zu führen.

Vor diesem Hintergrund überraschen die Schuldzuweisungen in der Debatte um die Ursachen und Gründe des aktuellen Zustands nicht. Es ist immer die andere Seite, die den Friedensprozess aufgehalten oder zum temporären Scheitern gebracht hat. Dass beide Seiten, Israelis und Palästinenser prinzipiell mit ihren Schuldzuweisungen Recht haben, ist dabei von besonderer Ironie: Der Konflikt zwischen Juden und Arabern in Palästina hätte in der Tat durch die Annahme bzw. Durchsetzung des UN-Beschlusses über die Teilung Palästina vom November 1947 – die Zwei-Staaten-Lösung – beendet werden können. Zuerst wurde der Vorschlag von der arabischen Seite abgelehnt, seit 1967 dann von Israel umgangen und für die PLO inakzeptabel. Schließlich kam es 1988 zu einer Wende bei den Palästinensern als die PLO das recht Israels anerkannte, aber auch zu einer Wende in Israel – unter der Ministerpräsidentenschaft Yitzhak Rabins – gegenüber der PLO als Gesprächspartnerin und Vertreterin des palästinensischen Volkes, zu einer positiven Wende auf beiden Seite also, die die folgende Likud-Regierung allerdings wieder rückgängig machen sollte.

Denkt man konstruktiv, geht man also davon aus, dass das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werden kann, und sucht man in der Gegenwart nach Gerechtigkeit, um die drohende Katastrophe doch noch zu verhindern, bietet sich die Zwei-Staaten-Lösung zur Behebung des Problems als die beste aller Möglichkeiten an: Zwei Staaten nebeneinander, die später sogar, wenn sie denn gewillt sind, zu einer Regelung finden können die auf beide Staaten übergreift und die Grenzen überwindet.

Trotzdem spricht alles dafür dass schon in Kürz wieder völlige Stillstand im Friedensprozess herrschen wird. Der Historiker weiß aber: Einen wirklichen Stillstand kann es in der Geschichte auf Dauer nicht geben, weil sich die Rahmenbedingungen im Laufe der Zeit verändern. Auch wenn der Friedensprozess nicht vorankommt, fehlt es doch nicht an vollendeten Tatsachen, die den weiteren Verlauf der Ereignisse mitbestimmen und das Ende des Stillstands so oder so herbeiführen werden. Insbesondere die unübersehbare und unermüdliche Fortsetzung der Siedlungspolitik in den von Israel besetzten Gebieten mit der damit verbundenen Präsenz des Militär schafft neue Tatsachen, die den Friedensprozess und eine Zwei-Staaten-Lösung ernsthaft gefährden.

Der Rahmen für diese verheerende Dynamik ist gegeben: eine Angst auf israelischer Seite vor dem Frieden, die größer ist als die Angst vor dem Krieg, ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber Palästinensern gegenüber Arabern und Nichtjuden überhaupt, eine kollektive Erinnerung, die das Andauern der Traumata fest verankert, und tiefe religiöse Überzeugungen, die die Politik beeinflussen.¹ Warum aber ist die Angst vor dem Frieden in der israelischen Gesellschaft so verbreitet? Weshalb ist diese Angst

größer als die Angst vor einer gewaltigen Explosion der Lage oder vor der Fortsetzung des prekären gegenwärtigen Zustands?

*Der Beitrag beruht auf dem neuen Buch des Autors, „Die Angst vor dem Frieden. Das israelische Dilemma“, das soeben im Aufbau-Verlag erschienen ist.

„Die kollektive Orientierung auf Angst“

Der Tel-Aviver Professor für politische Psychologie Daniel Bar-Tal ging in seinem im Jahr 2007 veröffentlichten Buch „Mit dem Konflikt leben“ vor allem gemeingültigen Prämisse aus, dass Gesellschaften, die in unkontrollierbare Konflikte verwickelt sind, von einer kollektiven Angst durchdrungen werden. Die Erfahrung des Konflikts, die Gewalt, die man als Kollektiv erlebt hat oder an die das Kollektiv ständig erinnert wird, und nicht zuletzt die Ungewissheit den Ausgang des gegenwärtigen Zustands erzeugen eine „kollektive Orientierung auf Angst“. Wie der Boxer, der sich auf den nächsten Schlag einstellen muss, so lebt auch das Kollektiv, das sich in einem Konflikt befindet, im permanenten Angst- und Spannungszustand. Nur führt dieser Zustand bei Gesellschaften zu einer Pawlowschen Reaktion: Man weiß nicht, anders als der Boxer, ob man im Kampfring ist oder nicht. Man fragt nicht nach den Absichten und Motiven des Anderen, man kann sich darüber hinaus keine Alternative zum Konflikt vorstellen. Das Bild des Feindes bleibt, vereinfacht gesagt, von neuen Kenntnissen und Fakten unbeeinflusst. Es herrscht ein tiefes Misstrauen gegenüber den Kontrahenten, ein Drang zur Delegitimierung des Feindes.

Dies gilt auch im spezifischen Fall des Nahostkonflikts und eindeutig, wenn es um die und Handlungsweise der Israelis und ihrer Politiker geht. Die Angst vor dem Terror, die Angst vor den Arabern im Allgemeinen, die Angst vor ABC-Waffen, so die Meinungsumfragen im letzten Jahrzehnt, ist so groß, dass „Angst-Botschaften“ in dieser Gesellschaft, die eigentlich auf Wohlstand und modernes „gutes Leben“ eingestellt ist, äußerst effektiv bleiben. Keine Wahlpropaganda ist so effektiv wie die Botschaft der Angst. Diese Angst führt nicht zu Kompromissbereitschaft, sondern zur Verhärtung von Vorurteilen und Misstrauen. Statt den militanten Angstmachern und Verursachern des katastrophalen Zustands im eigenen Lager die Stirn zu bieten, lässt man ihre Saat aufgehen. Je größer das Gefühl der Bedrohung, desto weniger kompromissbereit die Haltung in Bezug auf den Konflikt. Der Ballast an Ängsten erklärt auch die Angst vor dem, was man Frieden nennt oder als Friedenslösung vorschlägt.

Um konstruktiv zu agieren, um gegen diese psychologische Reaktion zu steuern, so der Psychologe, müsste man die Angst durch Hoffnung ersetzen. Doch leichter gesagt als getan. Denn die Falken und ihre Anhänger verbreiten nicht nur Angst, weil sie eine reale Angst hegen, sondern sie instrumentalisieren oft das Potential der Angst ganz bewusst und zynisch aus Eigeninteresse, um die Mehrheit der Gesellschaft als Geisel mit in den endlosen Zustand des Unfriedens zu reißen.

Eine Parole in Benjamin Netanjahus 1995 veröffentlichten Buch „Platz unter der Sonne“ lautet denn auch: „Im Nahen Osten geht Sicherheit vor Frieden und Friedensverträgen. Wer das nicht versteht, wird ohne Sicherheit, ohne Frieden bleiben. Am Ende wird er verschwinden.“ An anderer Stelle schreibt er: „Frieden im Nahen Osten ist ein über Abschreckung oder Gewaltanwendung zu erreichender Frieden.“ Daraus kann man nur einen Schluss ziehen: Da die Sicherheit in keinem Fall garantiert ist, da der Feind perfide ist und man sich an die bekannten Risiken des seit 100 Jahren bestehenden Konfliktzustands gewöhnt hat, soll man sich vor dem Frieden oder vor

Friedensbemühungen hüten. Da man sowieso auf Abschreckung des Gegners setzen muss, könnte man auf das, was nur Frieden zu sein scheint, getrost verzichten.

¹ Den Beitrag der Palästinenser oder Araber zum Misserfolg des Friedensprozesses zu beschreiben, überlasse ich einem Palästinenser.

Das Scheitern von Oslo und seine Folgen

In den letzten 15 Jahren, seit dem Scheitern des Osloer Abkommens, hat sich diese mentale Haltung noch tiefer in der israelischen Gesellschaft verankern, immer stärker verbreiten und durchsetzen können – auch dank massiver Gruppierungen und Interessen, die dahinterstehen.

Der frühere Staatssekretär im israelischen Außenministerium Uri Savir, eine zentrale Figur während der Verhandlungen zwischen dem Staat Israel und der PLO zur Zeit des Osloer Abkommens 1993 und Parlamentarier bis 2001, schrieb in seinen vor zehn Jahren veröffentlichten Memoiren: „Jedes Jahr wiederholen wir im Pessach-Gebet den Satz: ‚In jeder Generation versucht man uns zu vernichten, doch der barmherzige Gott kommt zu unserer Rettung.‘ Gegen Ende des 20. Jahrhunderts agierten die Führer des Staates Israel aufgrund der Annahme, dass diejenigen, die uns vernichten wollen, ewig Bestand haben; dass wir aber stark genug sind, um einige von ihnen sogar als Partner zu gewinnen; dass wir nicht ewige Opfer sein müssen dass wir sogar den Fehler begehen können andere zu unseren Opfern zu machen. [...] Heute sind wir ein moderner Nationalstaat, keine Ghetto-Gesellschaft mehr. [...] Das Leben in dieser Region der Welt wird nie wieder wie vor Oslo sein.“

Savir hatte damit den Kern der Sache getroffen: Die Wende, die das Osloer Abkommen einläuten sollte, hätte zu einem Wandel in der Grundhaltung der Israelis gegenüber der Welt geführt. Statt überall nur Bedrohungen zu wittern, statt den „Anderen“ stets mit Gefahr und Feindschaft zu assoziieren und immer nur Angst vor „List und Tücke“ des Gegners zu hegen, hätte man gelassen und selbstbewusst mit der Umwelt umgehen, den Frieden suchen können und ihn nicht fürchten müssen. Es war eine scharfsinnige und sehr zeitgemäße Beobachtung – nur beruhte sie auf einem völlig unbegründeten Optimismus.

Die Mentalität der Israelis hat sich am Ende des 20. Jahrhunderts keineswegs geändert; die Annahme, dass die gesamte Welt Juden und Israel gegenüber feindlich gesinnt sei, blieb weiterhin das Fundament des israelischen Politikverständnisses, und gerade deswegen, nicht infolge taktischer Fragen, musste der Oslo-Prozess scheitern. Das Misstrauen gegen die nichtjüdische Welt und vor allem gegenüber den Vertretern der arabischen oder muslimischen Seite schürte die Angst vor einem Frieden, den man allein als eine Heimtücke voller Fallen verstehen wollte.

Die Omnipräsenz von Bedrohung und Angst

Wenn die Welt tatsächlich Juden und Israel gegenüber feindlich eingestellt sei, so hört man bereits vor der Staatsgründung im Jahr 1948, sei ein Frieden mit dem unmittelbaren Feind schlicht unmöglich. Dann werde die Rede vom Frieden zum Mittel, um Juden bzw. Israel von der eigentlichen Realität abzulenken. Deshalb witterte man seither ständig und überall nur Gefahren und interpretierte im Nachhinein die gesamte jüdische Geschichte einschließlich der Geschichte des Zionismus seit dem Ende des 19. Jahrhunderts als Geschichte einer prädestinierten existenziellen Auseinandersetzung zwischen Juden und ihren wirklichen oder vermeintlichen Gegnern.

Für den Nahen Osten bedeutete diese Geschichtsinterpretation, dass die arabische Umgebung von Anfang an eine gewissermaßen angeborene Zionisten- und Judenfeindschaft zum Ausdruck gebracht hätte. Die Geschichte des zionistischen Unternehmens in dieser Region wurde als eine Kette von Provokationen und Gewaltakten der arabischen bzw. palästinensischen Bevölkerung dargestellt, auf die jüdische Zionisten meist mit der Waffe reagieren mussten. Die Angst wurde so zum ständigen Begleiter der Gesellschaft des Jischuw vor 1948 und der israelischen Gesellschaft nach der Staatsgründung. Sie wurde zum konstanten Argument einer ablehnenden Haltung gegenüber Friedensangeboten oder um den Frieden bemühter Vermittler.

Nun verhält es sich allerdings nicht so, dass es an wirklichen Gefahren und Feinden in der jüdischen Geschichte gemangelt hätte oder die herrschende Angst immer unbegründet gewesen wäre. Es verwundert niemanden, dass die Shoah traumatische Spuren hinterließ. Was aber in der kollektiven Erinnerung eine Hauptrolle spielt, ist eine Geschichtskonstruktion, die nur eine einzige Devise gelten lässt: Immer auf der Hut sein, um nicht von der Welt „ausgetrickst“ zu werden.

Vom alten Juden als friedfertiger Depp zum neuen Juden als wehrhafter Zionist

Diese Haltung hat der alt-neue israelische Ministerpräsident Benjamin Netan-jahu im September 2009 in einer Ansprache anlässlich des jüdischen Neujahrfestes vor Parteifunktionären auf den Punkt gebracht: „Wir wollen den Frieden, aber wir wollen keine ‚Freier‘ sein.“ Das deutsche Wort meint hier Hebräisches den einfältigen dummen Menschen, den Deppen. Was Netan-jahu sagen wollte, war also, dass die Israelis nicht bereit sind, die Deppen des Nahen Ostens zu spielen. Wir kennen die Gojim, die Nichtjuden, wir kennen unsere Nachbarn. Wenn schon, dann sind wir es, die die anderen austricksen.

Will man nicht in die Rolle des „Freiers“ schlüpfen, muss unbedingt auf jede angebliche Provokation mit voller Gewalt reagiert werden. So waren der israelischen Geschichtsinterpretation zufolge alle von Israel geführten Kriege „gerechte Kriege“, also von außen aufgezwungene Kriege, erforderliche israelische Vergeltungsschläge, notwendige Reaktionen auf Angriffe und Provokationen. Entsprechend wurde der Krieg von 1948 dargestellt, so werden der Sechstagekrieg von 1967 und der Jom-Kippur-Krieg von 1973 rezipiert, aber auch der Sinaifeldzug des Jahres 1956 oder die Libanonkriege 1982 und 2006.

Kritische Stimmen in Israel, darunter die der sogenannten neuen Historiker, zweifelten diesen pauschalisierenden Mythos vom ewigen Feind an und stellten die Entstehungsgeschichte dieser Kriege anders dar. Der Libanonkrieg 1982 bot sich als erstes Beispiel für eine Revision an, denn das Attentat auf einen israelischen Diplomaten im Ausland als Casus Belli gegen den Libanon hielten auch viele Vertreter der israelischen Durchschnittsöffentlichkeit für übertrieben. Auf den Sinaifeldzug von 1956, den Israel als Partner der beiden sich im Abgang befindlichen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich führte, konnte man im Zeitalter des Postkolonialismus ebenfalls nicht mehr ohne Skepsis zurückschauen. Und spätestens 1997, zum 30. Jahrestag des Sechstagekrieges, begann man über die Unvermeidlichkeit dieses Krieges nachzudenken. Dann stellte die Forschung sogar den als Unabhängigkeitskampf deklarierten Krieg von 1948 in einen breiteren historischen Kontext und hinterfragte zunehmend die damaligen Entscheidungen auf israelischer Seite. Eine alternative

Geschichtsinterpretation thematisierte zudem die von den Zionisten verpassten Chancen, vor 1948 eine Verständigung mit der arabischen Welt herbeizuführen. Und heute, im Jahre 2010, wird sogar der Mythos von den unvermeidbaren Anfängen des Konflikts in Frage gestellt.

Dieser Mythos der Wachsamkeit, der Mythos der Bewegung des Ha'Schomer, ist eines der Gründungsnarrative des Staates Israel. Ihm zufolge sind die ersten jüdischen Kolonien, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts von den nach Palästina eingewanderten Zionisten gegründet wurden, ständig der Gefahr des Angriffs arabischer Banditen ausgesetzt gewesen. Deshalb habe man sich entschieden, eine Selbstwehr-Organisation zu schaffen, die den Namen „Der Wächter“ (Ha'Schomer) trug. Bewaffnete Wächter sollten die jüdischen Siedlungen gegen arabische Angreifer schützen. Der Ha'Schomer wurde seitdem zum Vorbild des neuen, wehrhaften Juden, der sich mit der Waffe in der Hand gegen Araber verteidigen kann. Dieses Bild des tapferen Ha'Schomer-Mitglieds stand im klaren Gegensatz zum Stereotyp des schwachen, wehrlosen Diasporajuden, der so oft Opfer von Pogromen geworden war.

Die folgende Frage galt bisher als illegitim: War die Gefahr tatsächlich so groß, dass man schon zu früher Stunde des Zionismus zu derartigen Maßnahmen greifen musste, oder war die Vorstellungswelt der Zionisten nicht viel eher so stark vom Mythos des schwachen Diasporajuden geprägt bzw. von europäischer Überheblichkeit beeinflusst, dass man auf kleinste, auch vermeintliche Provokationen überreagierte, nur um beweisen zu können, dass das stereotype Bild des Diasporajuden nicht mehr der Wirklichkeit der jüdischen Gesellschaft entsprach? Die hegemoniale Geschichtsdarstellung in Israel, das Erziehungssystem, die Schulbücher und die Medien gehen bis heute von dem Kontrast zwischen dem „gebeugten“ Diasporajuden und dem stolzen, „aufrechten“ Juden in Israel aus, aber ebenso von einem prädestinierten Konflikt zwischen Juden und Arabern. Ihnen gilt als erste Schwalbe im jüdisch-zionistischen Frühling, das heißt als Vorläufer des heutigen israelischen Militärs, das sich „Israelische Verteidigungsarmee“ nennt.

„Der neue Jude“, „der Zionist“ – so der Mythos – unterscheidet sich also grundsätzlich „vom alten Juden“ durch seine wehrhafte Haltung. Er kann und will sich verteidigen, er ist alles andere als „Freier“. Die Gojim jedoch, so geht die Selbstdarstellung weiter, haben ihre Haltung nicht geändert – sie machen Juden gestern wie heute zu Opfern und trachten ihnen nach dem Leben.

Der „ewige Hass der Araber“

Diskutiert man heutzutage mit Vertretern der herrschenden, also rechtsorientierten Meinung in Israel über den Nahostkonflikt, begegnet man der Grundannahme, dass die Gojim – im Fall Israels also Araber oder Muslime – ohnehin keinen Vorwand für ihren Hass auf Israel brauchten, weil sie gewissermaßen von Natur aus Israel bzw. Juden gegenüber feindlich eingestellt seien. Deswegen halten die meisten Israelis die Diskussion um die Siedlungspolitik seit 1967 als eigentliche Ursache oder Katalysator des Konflikts für abwegig; denn, so heißt es, die Araber haben nicht nur 1948 den Krieg gegen Israel entfesselt, sie haben schon vorher Pogrome gegen Juden in Palästina durchgeführt, wie zum Beispiel 1929 in der Stadt Hebron, und „schon immer“ friedliche Juden ohne Grund angegriffen, wie eben zur Zeit der Gründung des Ha`Schomer, also noch vor dem Ersten Weltkrieg.

In der darüber geführten Debatte versuchen die Vertreter der Gegenmeinung die Tatsachen selbstverständlich nicht zu ignorieren – in Hebron wurden 1929 nach offiziellen Angaben 66 Juden pogromartig ermordet; zweifellos haben die arabischen

Staaten 1948 dem neuen Staat Israel den Krieg erklärt –, aber der Kontext des jüdischen Nationalismus wird herangezogen, um die Schlussfolgerungen zu relativieren. Gegen den Strom argumentierende professionelle Historiker erlauben sich eine alternative Interpretation der Geschichte, erhalten aber meist heftige Schelte oder wenig Zustimmung in der israelischen Gesellschaft. Der herrschende Konsens ist somit nicht zu überwinden, die Ausgangssituation bleibt unumstritten: Juden wurden und werden stets mit Judenfeindschaft konfrontiert, auch im neuen Zufluchtsort im Nahen Osten. Bereits die ersten Alijot, also Einwanderungswellen nach Palästina, seien auf arabische Feindschaft gestoßen, der Konflikt sei vorprogrammiert – Ha'Schomer deshalb eine antiarabische Notwendigkeit gewesen.

Nun hat Gur Alroi, ein junger Historiker der Universität Haifa, einen erfrischenden und wichtigen Beitrag zur Entmythologisierung des Ha'Schomer geleistet. Statt einer Geschichte des Ha'Schomer, die wie bisher hauptsächlich auf Erinnerungen der Schomrim („Wächter“ als Ha'Schomer-Mitglieder) selbst beruht, legte er eine Studie vor, die auf Dokumenten aus der Zeit des Ha'Schomer basiert. Diese Archivmaterialien erzählen eine vom herkömmlichen Mythos stark abweichende Geschichte. Sie zeigen, dass bereits in den ersten Jahren der zionistischen Kolonisation in Palästina von einer unausweichlichen Konfrontation zwischen Arabern und Juden ausgegangen wurde. Man hatte nicht nur die Idee des Selbstschutzes aus dem von Pogromen geplagten zaristischen Russland in ein Land mit traditionell anderen Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden importiert, sondern fühlte sich außerdem Arabern prinzipiell überlegen. Die Dokumentation beleuchtet auch das brutale Vorgehen der jüdischen Schomrim, das bei Arabern Unzufriedenheit und Hass geschürt hat und so die Feindschaft zwischen beiden Gruppen zur *self-fulfilling prophecy* werden ließ. Diese Verhaltensweise fügte sich in den allgemeinen Kontext des zionistischen Unternehmens – Zionisten waren als europäische Kolonisten nicht auf Kooperation mit der einheimischen Bevölkerung eingestellt, sondern intendierten deren Unterordnung.

Selbstverständlich lässt sich im Nachhinein nicht mehr feststellen, ob bei einem alternativen Herangehen an die bilaterale Beziehung der Konflikt hätte vermieden werden können. Deutlich wird allerdings, dass die nationalbewegten Juden, in diesem Fall der Ha'Schomer, einen Weg beschritten, der eine ablehnende Reaktion von Seiten der Araber begünstigte. Die jüdischen Akteure motivierte also mehr die Angst vor einer Wiederkehr des „alten Juden“ als die akute Notwendigkeit, eine wirklich existenzielle Gefahr abzuwehren und zu bekämpfen. Im Gegenzug wurde auf der arabischen Seite Misstrauen hervorgerufen, das sich wiederum als vermeintliche Bestätigung der Ausgangsposition der Zionisten anbot.

Der Artikel des jungen Historikers trug nicht nur dazu bei, die Legende vom Ha'Schomer zu entmythologisieren. Er verdeutlicht auch, wie sich ein historischer Kreis schließt. Alles deutet darauf hin, dass die fanatische „Hügeljugend“, also die militantesten unter den Siedlern von heute, eine Tradition und eine mentale Disposition fortsetzten, die es seit den Anfängen des Zionismus in Palästina gegeben hat.

Für die israelische Politik wie auch die Öffentlichkeit gilt die alternative Geschichtsinterpretation als Blasphemie, denn sie unterminiert die Grundhaltung der israelisch-zionistischen Gesellschaft und ihre Handlungsweisen.

Deshalb ist auch die Abwehr dieses Geschichtsverständnisses so erfolgreich. 75 Prozent der jüdischen Wähler demonstrierten diesen Erfolg auf politischer Ebene, als sie 2009 rechte Parteien wählten, die auf die Rolle von Juden und Israelis als ewigen Opfern bauen, sich für den Präventivkrieg einsetzen und im Verhalten gegenüber der Welt bzw. bei Friedensverhandlungen absolut nicht als „Freier“ gelten wollen.

Das Narrativ des ewigen Opfers

Zweifellos beruht der Erfolg dieses Konsenses – „Nie wieder Opfer unserer Feinde“ – auf traumatischen Erfahrungen, die primär mit der Vergangenheit in Europa in Zusammenhang stehen und von den Sozialisationsagenturen seit Generationen und in allen Bevölkerungsschichten überliefert werden. In Israel sind die Angst vor Antisemitismus – und nach 1945 auch die Furcht vor einer Wiederkehr der Shoah – aus Europa importierte Traumata. Dieser Import wurde zum Fundament eines Sozialisationssystems, das die Angst, die existenzielle Angst, zur politischen Richtlinie, zur psychologischen Grundhaltung, zum Automatismus, zur ultimativen Ausrede, zum Alibi einer ganzen Gesellschaft werden ließ – egal woher oder wann die einzelnen Menschen ins Land gekommen waren. Die Angst um die Existenz wurde quasi zur Brille, durch die die Ereignisse und Strömungen in der Region gesehen werden, und zwar ohne Rücksicht auf Fakten und Entwicklungen, die diese Sichtweise verändern könnten.

Immer wieder wird die Vergangenheit als Beweis herangezogen, wobei die Geschichte als eine lange Kette von Katastrophen in einer endlosen Leidensgeschichte dargestellt und konstruiert wird. Geschichte ist stets ein auf ein Ziel gerichtetes Konstrukt; in diesem Fall wird das zionistische Narrativ durch die Geschichtsschreibung so konstruiert, dass damit das Ziel erreicht wird, Juden und Israel als ständige Opfer, nie als Täter begreifen zu können. Dieses Geschichtsverständnis schließt automatisch differierende Interpretationen und Konstruktionen aus. So wird beispielsweise die Gründung des Staates Israel nur aus israelisch-jüdischer Perspektive betrachtet, und die Sichtweise der Palästinenser, wonach es sich bei dieser Staatsgründung um eine Katastrophe, im Arabischen Nakba genannt, gehandelt habe, strikt und pauschal abgelehnt.

In der israelischen Gesellschaft geht man dabei so weit, dass sich die Knesset 2009 mit einer Gesetzesvorlage befasst hat, die das Trauern am Tag der Nakba verbietet – obwohl mehr als 20 Prozent der Israelis Araber sind, die durch die Ereignisse 1948 traumatisiert wurden. Zudem wird das Bildungswesen angewiesen, den Begriff Nakba nicht zu thematisieren und auch nicht in den Schulbüchern zu erwähnen.

Eigentlich jedoch dürften sich die Bürger des stolzen und souveränen jüdischen Staates nicht ausschließlich auf derartige Beispiele oder auf diese Art und Weise der Geschichtsdarstellung berufen – denn Israel begreift sich selbst als Gegenbild zur zweitausendjährigen Galut, zur jüdischen Diasporasituation.

Selbst wenn der Verweis auf eine lange, an Verfolgungen reiche Vorgeschichte des Staates das Narrativ des ewigen Opfers bestätigen soll, so ist diese Geschichtsauffassung angesichts nationaler Selbstbestimmung und Entstehung des „neuen Juden“ in der nationalen Heimstätte an sich irrelevant. Nur hat sie sich als so erfolgreich erwiesen, dass man für den modernen Staat der „neuen Juden“ dasselbe Opfernarrativ aktivierte. Diese Kluft hat seinerzeit der israelische Ministerpräsident Levi Eschkol mit dem jiddischen Bonmot „Shimshen der Nebechdike“, „der armselige Samson“, beschrieben. Ein Psychologe würde die Situation als schizophren bezeichnen. Auf jeden Fall aber kann auf diese Weise jeglicher Vorwurf, jede Kritik gegen eine bestimmte Vorgehensweise und Politik Israels praktisch automatisch zurückgewiesen werden.

Um diese Diskrepanz auch historisch zu rechtfertigen, bezog sich der israelische Zionismus zudem auf ein Ereignis der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Immer wieder wird die politische Situation Israels mit der Lage der Tschechoslowakei von 1938 verglichen und vor einem neuen „Münchener Abkommen“ gewarnt. Ein

kleiner, souveräner aufrechter Staat könne, dies zeige das historische Beispiel, leicht zum Opfer werden und sich gezwungen sehen, Territorien an den Feind abzugeben. Mehr noch: So etwas könne auch in Zukunft mit Hilfe, ja sogar unter Druck der demokratischen Verbündeten dieses Staates geschehen. Das Münchner Abkommen hat für Israelis eine ikonographische Bedeutung erhalten: „Chamberlain“, „Umbrella“ und „München“ sind für sie Sprachmünzen deren Bedeutung und Zielrichtung von allen verstanden werden. Der große Schrecken des Jahres 1938, Appeasement genannt, dominiert im israelischen Diskurs so stark, dass jeder Versuch der Annäherung, der Verständigung und der Friedensbereitschaft automatisch als Appeasement begriffen wird. Je rechter man orientiert ist, desto stärker greift man zum Schlagwort „München“ und bringt damit die Angst vor dem –falschen– Frieden zum Ausdruck.

Die Siedler als Erpresser

Als Barack Obama in den Vereinigten Staaten die Präsidentschaft antrat, wuchs diese Angst in Israel zusätzlich; denn Obama war und ist weiter bemüht den gelähmten Friedensprozess wieder in Gang zu bringen. Und doch dürfte dieser schon bald wieder zum Stillstand zu kommen.

Denn wenn es eine Gruppe gibt, die man als den Stolperstein schlechthin auf dem Weg zum Frieden, als Erpresser und Geiselnahmer der israelischen Mehrheit bezeichnen kann, so sind dies die organisierten Siedler, die sich in den von Israel besetzten Gebieten seit 1968, also kurz nach Ende des Sechstagekrieges niedergelassen haben.

Heute leben mehr als vier Prozent der Israelis in Siedlungen. Dabei darf der Unterschied zwischen „ideologischen“ und „pragmatischen“, „Lebensqualität suchenden“ Siedlern nicht unbeachtet bleiben. Die eigentliche Erpressergruppe, die die gesamte israelische Bevölkerung gezielt in Schach hält, ist die Gruppe der „ideologischen“, meist religiös motivierten Siedler. Sie identifiziert Zionismus mit dem Siedlungsunternehmen, vor allem in der Westbank, und stützt sich dabei auf eine fundamentalistische Auslegung der jüdischen Religion.

Nur etwa ein Prozent der Siedler kann als fanatisch und gewaltbereit gelten, aber nahezu 40 Prozent werden als ideologisch motiviert eingestuft. Die Mehrheit der nichtideologischen Siedler, nahezu 90.000 Personen, gehört zu den Pragmatikern, zu den „Lebensqualitätssiedlern“; es sind Israelis, die für wenig Geld und viel staatliche Unterstützung eine größere Wohnung in einer gesünderen Umgebung auf dem Land, eine bessere Erziehung für die Kinder und ähnliche Vergünstigungen suchen und erhalten sowie zusätzliche Steuerermäßigungen genießen.

Die Gruppe der ultraorthodoxen Siedler ist etwa ebenso groß wie die der Pragmatiker. Relativ mittellos, weil sich die meisten Männer lebenslang dem (vom Staat oder privaten Stiftungen subventionierten) Studium der heiligen Schriften widmen („Die Thora sei ihre Arbeit“) und es den Frauen bzw. der Gesellschaft überlassen, für den Unterhalt der Familie zu sorgen, ziehen sie in die besetzten Gebiete, wo sie eine subventionierte billige Wohnung finden.

Die Zahl der Anschläge auf Siedler ist seit 2004 gering. Aber die Vergeltung der Siedler nach jedem noch stattfindenden Anschlag wird immer brutaler. Es existiert eine „Preisliste“ –Tag Mechir–, jeder Angriff auf Siedler hat seinen „Preis“. Im Klartext: eingeschlagene Fensterscheiben, aufgeschlitzte Reifen, verbrannte Autos, demolierte Häuser oder gar verletzte und tote Palästinenser. Ermittlungen gegen die Täter finden nur in den gravierenderen Fällen statt und führen nur selten zur Verhaftung von Verdächtigen. Wenn die Polizei, das Militär und selbst das Establishment der Siedler

Angst vor der herrschenden Gewaltbereitschaft haben, verwundert es nicht, dass der durchschnittliche Israeli aus Angst vor den brutalen Siedlern die Idee des Friedens preisgibt.

Auf diese Weise ist der Siedlungssektor, der gegen Ende 2009 wohl auf mehr als 300.000 Personen angewachsen war, ein permanenter faktischer Widerspruch zum Friedensprozess. Zwar verweisen Siedler und rechtsorientierte Israelis darauf, dass es auch vor 1967, vor der Besetzung des Westjordanlandes durch Israel und dem Beginn des Siedlungsunternehmens, Feindschaft zwischen Israelis und Arabern bzw. Palästinensern gegeben hatte, die dem Frieden keine Chance ließ. Doch dieses Argument hinkt: Die Zeiten haben sich geändert, die Palästinenser sind heute, offiziell seit 1988, bereit, im eigenen Staat neben Israel zu leben. 58 Prozent der Palästinenser, so das Ergebnis einer Umfrage eines Demoskopie-Instituts in Ramalla (PSR) aus dem Jahr 2008, befürworten die Zwei-Staaten-Lösung (nur 27 Prozent plädieren für einen multinationalen Staat). Es sind also vornehmlich die Siedlungen und die israelische Siedlungspolitik, die sich als höchste Hürde auf dem Weg zum Frieden erweisen.

Aus Sicht der Siedler ist das an und für sich kein schwerwiegendes Problem, denn in ihren Kreisen glaubt man ja axiomatisch nicht an eine Friedensbereitschaft der palästinensischen oder arabischen Seite. Mehr noch: Man möchte die Palästinenser ohnehin prinzipiell „loswerden“. Und die Siedler wissen: Das politische System in Israel ist zu unsicher im Umgang mit ihnen. Die vergangenen Jahre haben das immer wieder deutlich demonstriert.

Die Schizophrenie der Hardliner

Der Siegeszug der Siedler wird zudem dadurch erleichtert, dass die Mehrheit der Israelis die Siedlungen und die Verhältnisse in den besetzten Gebieten nur abstrakt und aus der Distanz wahrnimmt. Etwa drei Viertel der Israelis gaben im Juli 2008 an, dass sie während der vorangegangenen fünf Jahre keine Siedlung im Westjordanland besucht haben. Als 2005 die Gemüter wegen des bevorstehenden Rückzugs aus dem Gazastreifen besonders erhitzt waren, stellte sich sogar heraus, dass 87 Prozent aller Israelis niemals eine Siedlung Gazagebiet besucht haben. Vielleicht unterstützten vor allem deshalb zwei Drittel der Israelis diesen Rückzug –und nicht nur, weil der Hardliner Ariel Sharon den Schritt initiiert hatte. Daraus haben die Siedler die Schlussfolgerung gezogen, man müsse, wenn die Gehirnwäsche der Fernsehzuschauer nicht ausreiche, die erpressbare Mehrheit terrorisieren, um die Politik davon abzuhalten, in Zukunft Ähnliches zu unternehmen. Die gewalttätige Reaktion auf die Räumung des „Außenpostens“ Amona in der Wüste südlich von Jerusalem im Februar 2006 oder auf den von Netanjahu Ende 2009 auf Druck des Quartetts (allerdings nur halbherzig) verordneten und soeben ausgelaufenen Baustopp in den Gebieten zeigte, wie weit die Siedler sich trauen, gegen die staatliche Macht vorzugehen, und wie erpressbar die Mehrheit der Israelis ist, auch wenn sie sich für das Schicksal der Siedler nicht sonderlich interessiert.

Somit dürfte die große Gefahr einer Rückkehr zu Friedensverhandlungen –oder gar eines Erfolges– schon bald wieder gebannt sein. Aus Sicht der Hardliner gilt weiter: Gott sei Dank, vom Frieden keine Spur. Der rechtsradikale israelische Außenminister Avigdor Lieberman, brachte diese Haltung mit den Worten zum Ausdruck, es gebe Probleme, die unlösbar seien, mit denen man also leben müsse. Deshalb stehe der Frieden mit den Palästinensern nicht auf der Tagesordnung des israelischen Außenministeriums.

Ausgerechnet die Vertreter der Idee vom stolzen, neuen Juden im eigenen Staat

entlarven sich hierin praktisch als paranoid, weil sie an die Aussichtslosigkeit der Bekämpfung des Antisemitismus nach der Gründung des Staates Israels glauben. Und damit stehen sie leider nicht allein: Zu Beginn des Jahres 2000 meinten rund 70 Prozent der Israelis, dass „die Araber“ sich mit dem Faktum der Existenz des Staates Israel nicht abgefunden hätten. Solange jedoch die Mehrheit der Israelis rechts denkt und rechts wählt, ist das Resultat eindeutig: Man hat Angst vor dem Frieden –oder gar einem Friedensvertrag– und rüstet stattdessen für den Krieg. Wenn es nicht gelingt, dass verhängnisvolle Narrativ vom ewigen jüdischen Opfer wirksam in Frage zu stellen, wird sich daran bis auf Weiteres nichts ändern.

Moshe Zimmermann, geb. 1943 in Jerusalem, Dr. phil., ist Professor für Neuere Geschichte und Direktor des Richard-Koebner-Zentrums für Deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem.